

# Hamburger Echo

Abgabe des Abonnementes  
Postkarte 2,20 A, anlässlich  
50 Prozent Steuererhöhung  
auf Arbeitsmarkt u.  
Familienangelegenheiten  
2,40 A.  
Kassenzahlung 2,10 A.  
Abgabe des Abonnementes  
Postkarte 2,20 A, anlässlich  
50 Prozent Steuererhöhung  
auf Arbeitsmarkt u.  
Familienangelegenheiten  
2,40 A.  
Kassenzahlung 2,10 A.

Mr. 374.

Sonnabend, den 13. August 1921 - Morgen-Ausgabe.

35. Jahrgang.

## Völkerbund, hilf!

Der Oberste Rat nahm am Freitag vormittag folgende Resolution an: Der Oberste Rat beschließt, bevor er über die Verabreichung zwischen Deutschland und Polen auf Grund des Artikels 86 des Friedensvertrages entscheidet, die Schwierigkeiten, die bei der Festsetzung der Grenze entstanden, dem Völkerbundsrat zu unterbreiten. Der Oberste Rat wünscht ein Gutachten über die Grenzlinie zu hören, deren Bestimmung alle Interessen und affizierten Großmächte obliegt. In Anbetracht der Lage in Oberschlesien wird der Völkerbundsrat gebeten, das Verlangen als sehr dringend zu betrachten. (Gegenabmeldung.)

Das also ist der Ausweg, auf den die an ihrer Aufgabe verzweifelnden Staatsmänner der Entente, die heute jedenfalls keine „cordiale“ mehr ist, verfallen sind, als sie die Beratung der obersteleischen Frage plötzlich vertagten. Ein die obige Meldung ergänzendes Havas-Telegramm fügt hinzu: Die Verweisung der obersteleischen Frage an den Völkerbund erfolgte auf britischen Wunsch, der von Japan und Italien unterstützt wurde.

Da der Völkerbundsrat, wie er heute beschaffen ist, nur eine erweiterte Kommission des Obersten Rates darstellt, läuft die Verweisung der Frage an ihn nur darauf hinaus, Zeit zu gewinnen. Alle Staatsmännlein besteht bekanntlich darin, den richtigen Zeitpunkt für eine Handlung zu wählen. Und für den Schiedsspruch, der den obersteleischen Knoten lösen soll, war nach Meinung von Lloyd George und der beiden Sekundanten, die im Duell mit Briand auf seine Seite traten, gerade jetzt eben nicht die richtige Zeit. Man weiß — wenigstens lauten dahin alle aus Oberschlesien einlaufenden Gerüchte —, daß die Polen zu neuem Aufbruch bereit sind, falls der beste Teil Oberschlesiens nicht ihnen ausgeliefert wird. Man weiß ebenso gut oder noch besser, daß für Deutschland der Verlust dieser Provinz unvertäglich wäre als alles, was uns die Diktatur von Versailles bisher schon aufzuerlegt hat, und daß ein politisches Oberschlesien weit schlimmeres als ein neues Elsaß-Lothringen für Europa bedeuten würde. Also: was tun?

Man hilft sich, indem man vorläufig überhaupt nichts tut. Trotz des ausgeprochenen „dringenden“ Verlangens wird der Völkerbundsrat, der in Genf zu tagen pflegt, sich nicht allzu sehr beeilen, das Gutachten über die Grenzlinie, die Lebendigkeit zerschneiden soll ohne es zu töten, abzuwarten. Vor welcher Schwierigkeit man da steht, läßt eine Mitteilung erkennen, die Havas über die letzte Beratung der französischen Sachverständigen gibt. Sie hatten die von Lloyd George vorgeschlagene Grenzlinie zu prüfen und kamen zu diesem Ergebnis: Nach ihrer Berechnung würde der englische Teilungsplan darauf hinauslaufen, 200 000 polnische Stimmen an Polen zu geben, dagegen 270 000 polnische Stimmen an Deutschland und etwa 100 000 deutsche Stimmen an Polen, dagegen 600 000 deutsche Stimmen an Deutschland. Dazu meint der Havas-Vertreter, die einfachen Zahlen der Volksabstimmung genügen, um darzutun, daß der englische Vorschlag unannehmbar sei.

Diese Zahlen mögen sehr willkürlich zusammengestellt sein, um nur ja keine Lösung im antipolitischen Sinne zulaufelkommen zu lassen, aber richtig ist jedenfalls, daß keinerlei Grenzlinie die beiden Völker, die nun einmal in Oberschlesien zusammen zu leben gezwungen sind, so voneinander zu trennen vermag, daß alles, was polnisch ist, zu Polen, alles, was deutsch ist, zu Deutschland kommt. Hier gibt es Grenzen des Selbstbestimmungsrechtes, über die keine Abstimmung, auch nicht die freieste und gerechteste, hinweghilft. Hier heißt es: Ihr müßt Euch vertragen und vielleicht ist dies der Hintergedanke, den Lloyd George bei seinem Vortragsantrag befolgt hat, die Polen und Deutschen in Oberschlesien sollen sich so lange schlagen, bis sie es lernen, sich zu vertragen. Von dem Zeitpunkt an wäre die Lösung der Frage, die heute unlösbar erscheint, gewiß nicht mehr schwer. Ein autonomes Oberschlesien im Verband des Deutschen Reiches, aber mit offener Tür gegen Polen — hätte man es früher geschaffen, wer weiß, ob es dann überhaupt noch eine obersteleische Frage gegeben hätte. Doch die Gelegenheit ist verpaßt und aus der gegenwärtigen verfahrenen Situation kann — das haben die Pariser Verhandlungen bewiesen — auch der Oberste Rat nichts Vernünftiges schaffen.

Der Ausweg, den er jetzt eingeschlagen, wäre so übel nicht, wenn der Völkerbundsrat das wäre, was sein Name verspricht. Wenn alle Völker, vor allem die zunächst Beteiligten, darin vertreten wären, und wenn wirklich die Interessen der Völker, nicht allein die ihrer herrschenden Schichten dort zur Geltung kämen. Davon kann leider heute noch nicht die Rede sein. Und so bleibt Oberschlesien die schwärzende Wunde, die nicht allein den deutschen Volkstörper, sondern ganz Europa mit nationalstiller Verzweiflung durchsticht. So taucht denn auch jetzt sofort wieder die Frage der verstärkten Truppenbewegungen auf, und es ist klar, daß die Militärischen Frankreichs dabei versuchen werden, ihre gegen Deutschland gerichtete Front im Osten zu verstärken. Ob England das noch verhindern kann und will, steht sehr dahin. Lloyd George ist nach London zurückgekehrt und

soll nicht die Absicht haben, wegen Oberschlesiens nochmals nach Paris zu kommen. Der Vertreter der Vereinigten Staaten bezieht sich auf die Aussprache über Oberschlesien auch nicht mehr; für ihn ist dies ein „rein europäisches Problem“, also nichts für Amerika. Was bleibt, wenn nicht der Wahnsinn des Krieges aufs neue sein Haupt erheben soll, anderes übrig, als eine direkte Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich-Polen anzubahnen, die den aus allgemeiner Ratlosigkeit angezogenen Zauberspruch des Völkerbundes überflüssig macht?

## Beratungen in Berlin.

(Eigener Drahtbericht.)

Der Reichskanzler empfing am Freitag vormittag den Reichslogospräsidenten Döbe und den stellvertretenden Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses Hermann Müller zu einer Besprechung. Die zweieinhalbstündige Beratung galt zur Hauptsache der Einberufung des Auswärtigen Ausschusses und des Reichstages mit Rücksicht auf die augenblickliche Lage. Die Einberufung des Reichstages wurde nicht für notwendig erachtet, doch stimmte man darin überein, daß der nächste Tag für die Einberufung einberufen werden müsse, nachdem entscheidende Nachrichten aus Paris vorliegen. Da der Reichstag erst am 18. August zusammentritt und mit der Beratung der Steuerprobleme beginnt, ist es fraglich, ob bereits bis zum 6. September, wo der Zusammentritt des Reichstages vorgesehen ist, die Steuerpläne durchführbar sind. Besonders die notwendigen Verhandlungen mit den Ländern über die kommenden Steuern werden die Beratungen verzögern, so daß wahrscheinlich der Reichstag zu einem späteren Termin als dem 6. September zusammentreten wird.

Bei der Besprechung wurden auch die Steuerpläne einer Erörterung unterzogen. Herrmann Müller benutzte die Gelegenheit, um dem Reichskanzler nochmals die Auffassung der Sozialdemokratie bezüglich der Steuerfrage mitzuteilen.

Ueber die durch die Resolution des Obersten Rates geschaffene Lage in Oberschlesien teilt unser Berliner Mitarbeiter folgendes mit:

Die Verweisung der Entscheidung birgt viele Gefahren in sich. Schon aus diesem Grunde muß Deutschland wünschen, daß der Völkerbundsrat sofort nach der ersten Tagung des Völkerbundes, der sich am 5. September zusammensetzt, seine Arbeiten aufnimmt. Dieses Verlangen ist um so mehr berechtigt, als viele Anzeichen für einen neuen Polenputsch vorliegen, der nicht insinuiert ist, das obersteleische Problem zu lösen, sondern nur neue Konflikte heraufbeschwören kann. Nachdem der Oberste Rat die Entscheidung vertagt hat, kann Deutschland nicht für eventuelle Konflikte verantwortlich gemacht werden, die im Zusammenhang mit einem Polenputsch entstehen könnten.

Auf das augenblickliche Regierungsverhältnis wird die Beratung der Entscheidung keine Auswirkung haben. Die Reichsregierung wird dem Reiche und damit Europa den Beweis liefern, daß sie es mit der Erfüllung der übernommenen Verpflichtungen ernst meint. Wir appellieren an den Völkerbundsrat, durch ein gerechtes Urteil der Welt zu beweisen, daß das gegen uns bestehende Mißtrauen nicht berechtigt ist, und hoffen, daß der Völkerbundsrat wirklich das werde, was sich die europäische Menschheit in den Novembertagen 1918 unter einem Völkerbund vorgestellt hat.

## Die weitere Tagesordnung des Obersten Rates.

Havas meldet aus Paris: In der Frage der Beurteilung der Kriegsbefugnisse ist der Oberste Rat, die Zuständigkeiten der verschiedenen beteiligten Länder zu erörtern, das Gutachten der verschiedenen Länder vor dem Reichsgericht in Leipzig beizubehalten, Vorschläge über die einmündige Haltung zu machen. Die nächste Sitzung wird heute vormittag 10 1/2 Uhr stattfinden. Tagesordnung: Die Frage der Sanktionen.

Das französische Kabinett billigte die von Briand im Obersten Rat eingebrachte Haltung.

## Keine Einigkeit.

Am Freitag tagten, wie schon gemeldet, in Berlin die Epochenorganisationen, um eine Einheitsfront bezüglich der an die Regierung zu stellenden Forderungen herzustellen. Wie wir erfahren, sind auf Grund der großen Meinungsverschiedenheiten über die Höhe der zu stellenden Forderungen die Verhandlungen gescheitert. Die Organisationen werden somit einzeln vorgehen und der Regierung ihre Forderungen unterbreiten.

## Englands irische Sorgen.

Wegen der irischen Antwort an die englische Regierung ist für Sonnabend in London ein Kabinettsrat einberufen. Ueber den Inhalt der Antwort wird strenges Stillschweigen bewahrt, so daß alle Redungen, die über den Inhalt etwas wissen wollen, auf Kombinationen beruhen. Von London ist die irische Antwort am Freitag in einem Sonderflugzeug Lloyd George nach Paris überbracht worden. Es wird erwartet, daß Lloyd George am Dienstag oder Mittwoch im Unterhause eine Erklärung über die politische Lage abgibt und gleichzeitig den Inhalt der Vorschläge an Delabera bekanntgeben wird.

## Der 9. internationale Metallarbeiter-Kongreß.

Zweiter Tag.

Zugern, 9. August.

Die Verhandlungen leitet der Vertreter der englischen Metallarbeiter Brownlie. In seiner Eröffnungsrede erinnert er daran, daß der heutige Zweipart in der Arbeiterbewegung nur die Neuaufgabe seines Streites sei, der auf dem Zürcher Kongreß im Jahre 1893 ausgetragen wurde. Was damals die Anarchisten gewesen seien, seien heute die Kommunisten. Das Schicksal jener werde das Schicksal dieser bald sein.

Es erachtet nun der internationale Sekretär Jig Bericht über die Tätigkeit. Die Hauptaufgabe dieses Kongresses müsse sein, klar zu entscheiden, ob der Weltbund, wie bisher, ein Informationsbüro bleiben, oder ob er eine Kampforganisation, die Internationale der Arbeiter, sein solle. Von der Lösung dieser Frage hänge die Entscheidung über Staat, Weltkongreß ufm. ab. Mit den Organisationen in Spanien, Portugal, Rumänien und Jugoslawien seien wir nun auch in Verbindung gekommen. Den Anführer der ersten beiden verbündeten aber trübe Zustände im Lande, die beiden anderen halten für sich den Anführer der Moskauer Internationale für das bessere. Von der Ansicht des Weltkongresses ist unmöglich, weil ein Beschluß des Exekutivkomitees bestimmt, wer zur 2. Internationale gehört, unsern Bund nicht angeht. Doch sind die noch außenstehenden Verbände von geringerer Wichtigkeit.

Dihmann (Deutschland) wünscht einen besseren Ausbau des Nachrichtenwesens. Da die Organisationen nicht über den Stand der Dinge ständig informiert werden, können die Unternehmer die ausländischen Arbeiter gegen ihre eigenen auspielen. Ober ist es möglich, daß in England im Schiffbau Streik ist und besten Aufträge in einem anderen Lande unbewußt ausgeführt werden.

Merrheim (Frankreich) glaubt, vor einer Beerdigung der Gewerkschaftsbewegung mit der politischen Organisation zu müssen. Je schärfer wir die wirtschaftlichen Organisationen sehen, desto weniger laufen wir Gefahr, in den Parteistreit hineingezogen zu werden.

Kumner (Deutschland): Obwohl nach den Kriegsjahren scharf brennen, ist eine entschiedene Haltung der Arbeiter gegen den Krieg und die Militärindustrie nicht zu bemerken. Die Militärindustrie werden eifrig erhöht, Strike werden weiter geführt. Die Arbeiter werden befähigt ohne Unterhalt Kriegsschiffe und Munition. So ist ein neuer Weltkrieg leicht möglich. Der Ernst der Stunde verlangt rasches Handeln. Der internationale Gedanke muß mehr und taftätiger in Reife und Glied der Metallarbeiter getragen werden. Hierfür ist die gesamte Arbeiterpresse der Welt zu benutzen. Unser Sekretariat muß zum Ausgangspunkt der weltweiten propagandistischen Propaganda gemacht werden. Den russischen Metallarbeitern ist die Tür zu unserm Bund offen zu halten. Man darf das, was uns jetzt Moskauer Festsprüche bringen, nicht als die Ansicht der russischen Arbeiter auslassen.

Stein (Österreich) dankt den ausländischen Kollegen für ihre Hilfe für die österreichischen Kinder, wodurch vielen das Leben gerettet worden ist. Die Österreichischen sind noch besonders für die Stärkung der Internationale, weil ohne deren Mitarbeit Österreich, das nur nach eine Kolonie des Auslandes ist, nicht von der internationalen Schicksalsgemeinschaft befreit werden kann.

Conle (England): Vor dem Krieg lieferte in England die Tonne Schiffsmaterial 5 Pfund, heute 50 Pfund. Dessen ungeachtet behaupten unsere Unternehmer, sie müßten die Löhne ablassen, weil Belgien ja stark importierte und in Deutschland länger als in England gearbeitet werde. Wir wissen, diese Behauptungen sind unwahr, aber es fehlt uns doch an bestimmten Daten zur Widerlegung. Aus diesem Grunde schon muß der Austausch von Berichten besser ausgebeutet werden.

Aus dem Bericht der Rechnungs- und Mandatsprüfungskommission geht hervor, daß 55 Delegierte anwesend sind, deren Mandate sämtlich anerkannt werden.

Es folgt die Beratung des neuen Bundesstatuts. Hierzu liegt ein Entwurf des Exekutivkomitees vor. Die Abänderungsanträge der Holländer und Engländer bestehen sich auf die Vergrößerung und auf das Recht des Exekutivkomitees, im Notfall Sonderbeiträge in der Höhe eines Stundensatzes zu erheben, um die Erfüllung großer Ansprüche auszuführen. Bei dieser Sache steht grundsätzlich zur Entscheidung, ob der Bund fernerhin ein Informationsbüro oder Kampforganisation sein soll.

Der Entwurf fordert als Jahresbeitrag von jeder Organisation die Abzahlung eines bei ihr geltenden Stundensatzes für das laufende Mitglied, eine Forderung, die Mühselig auf die Länder mit schlechterem Lohn nimmt. Die Engländer fordern dagegen als Jahresbeitrag 15 Schilling für das laufende Mitglied, ein Betrag, der als Maßstab das englische Pfund haben und Kurschwankungen nicht unterworfen sein soll.

Die Engländer verteidigen ihren Antrag hartnäckig gegen die Delegationen aller anderen Länder. Nach mehrtägiger Aussprache finden sich die Engländer zu Entgegenkommen bereit, indem sie erklären, folgende Fassung annehmen zu wollen: „Der Jahresbeitrag für das laufende Mitglied den Betrag des Arbeitslohnes für acht Stunden... eines jeden Landes, aber nicht mehr als 15 Schilling.“ Mit dieser Aenderung ist der gesamte Kongreß einverstanden. Bei der statutarischen Bestimmung über das Recht des Exekutivkomitees, Extrabeiträge auszusprechen, wiederum scharfe Opposition der Engländer. Die Unnachgiebigkeit der anderen Delegationen macht die Engländer etwas geneigt. Es soll verhandelt werden, eine Verständigung zwischen den verschiedenen Meinungen bis zur nächsten Sitzung zu finden.

## Arbeiter- und Angestelltenbewegung.

Hamburg und Umgegend.

Vor kommenden Lohnkämpfen.

Mit Ablauf dieser Woche wird der Preis für eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren, und ihm werden sich in der nächsten Zeit die Preise für die wichtigsten Lebensmittel anschließen. Dazu kommen in nicht allzuferner Zeit die neuen Steuern, die den Etat des Arbeiterauschlusses ganz enorm belasten werden. Angesichts dieser fortschreitenden Teuerung hat sich der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund bereits in einem Aufruf an die Arbeiterklasse gewandt und darin die Notwendigkeit betont, überall für eine allgemeine Lohnpreissenkung einzutreten. In den nächsten Tagen schon

werden die Epochenorganisationen der Arbeiter, Angestellten und Beamten die Richtlinien für die neuen Forderungen aller Hand- und Kopfarbeiter vorlegen. Auch die Reichsregierung hat sich bereits mit der Frage der Lohn- und Gehaltssteigerungen beschäftigt um ihre Arbeiter und Angestellten vor weiterer Verelendung zu schützen.

Die Erregung, die sich in der Arbeiterklasse bemerkbar macht, findet ihren Ausdruck in einer Reihe von Streiks, die aus dem ganzen Reich gemeldet werden. Nebenbei treten die Arbeiter der verschiedensten Berufe, sehr oft auch einzelner Betriebe, an die Unternehmer heran und fordern unter Berufung auf die einseitige Teuerung eine Erhöhung ihrer Löhne. In den meisten Fällen werden diese Forderungen abgelehnt. Die Folge ist dann ein Streik, der sehr oft von den Unternehmern mit einer Aussperrung in den übrigen Betrieben beantwortet wird.

Diese Politik der Arbeiter ist nicht die richtige. Es ist zu verstehen, daß jeder Streik ist, seinen Lohn so zu erhöhen, wie es ihm möglich ist. Bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage, die eine Schwächung der Kampfkraft der Arbeiterkraft bedeutet, sind aber solche Einzelunternehmungen von vorn herein zum Scheitern verurteilt. Wenn ein Erfolg errungen werden soll, muß es heute in besonders hohem Maße notwendig, daß die Gewerkschaften geschlossen vorgehen.

Die Wichtigkeit der kommenden großen Lohnbewegungen, und die Schwierigkeit, sie zum Erfolg zu führen, ergibt sich schon aus dem oben erwähnten Zusammengehen der drei Epochenorganisationen. Die Arbeiterkraft hat die Verpflichtung, auf die Beschlüsse der Konferenz zu warten, um dann mit ihrer ganzen Kraft sich für deren Durchsetzung zu verwenden. Jeder Streik, so sehr er an sich sein mag, schädigt die Bewegung. Arbeiter, die in der heutigen Zeit einige Wochen lang mühselig gekämpft und den Lohn verloren haben, werden bei einer kommenden Gelegenheit, und sei sie die günstigste, nicht wieder dazu zu bewegen sein, den Kampf erneut aufzunehmen. Dem muß vorgebeugt werden und darum sei von dieser Stelle aus an alle Arbeiter, Angestellten und Beamten der Appell gerichtet, ihre Kräfte nicht zu verpielen, nicht irgend einem Vorhaben nachzulassen und sich durch ihn zu Unbefähigkeiten hinziehen zu lassen. Es gilt jetzt, alle Kräfte zu sammeln und in dem Augenblick geschlossen zum Kampf anzutreten, der von den höchsten Gewerkschaftsinstanzen nach reiflicher Erwägung der Erfolgsaussichten, als Beginn des Kampfes bezeichnet wird.

## Lohnbewegung der Rechtsanwaltsangeestellten.

Die mit den Rechtsanwältinnen Groß-Hamburgs abgeschlossene Gehaltsabkommen für die Angestellten der Rechtsanwaltschaft und Notare können erstmalig zum 30. September dieses Jahres geltend gemacht werden. Die rapid ansteigende Teuerung wird es notwendig machen, daß auch die sehr minimal bezahlten Anwaltsangeestellten eine Lohnaufbesserung erhalten und hat daher der Zentralverband der Angestellten zu Mittelnach 17. August, die Vertrauensleute der in Frage kommenden Organisationen, an einer Besprechung über die einzuschlagenden notwendigen Schritte einberufen. Die Kollegen werden sich in einer demnächst stattfindenden öffentlichen Versammlung über die einzureichenden Forderungen klar werden müssen und weisen ihr schon heute auf diese Versammlung hin, an der sich jeder Kollege und jede Kollegin beteiligen muß.

## Deutsches Reich.

### Das Ergebnis der Delegiertenwahlen im Metallarbeiterverband.

liegt jetzt vor. Der „Normkreis“ besteht darüber: Die Wahlen, deren ergebnisreiches Ergebnis (oben) festgestellt wurde, brachten zunächst einen glänzenden Sieg der Amtierender Gewerkschaftsrichtung über die Moskauer Gewerkschaftsrichtung. Darüber hinaus bedeuten die Wahlen einen schönen Erfolg für unsere Parteigenossen. Von 781 Mandaten haben sie mit 410 die absolute Majorität auf der Verbandsgeneralversammlung. Die Mandate verteilen sich auf die einzelnen Bezirke und Fraktionen wie folgt:

Bezirk	SPD.	USPD.	ADP.	Parteilos
Berlin	27	50	—	—
Hildesheim	12	8	—	—
Brandenburg	12	3	—	—
Breslau	26	7	5	—
Dresden	42	47	11	—
Erfurt	6	18	11	—
Essen	36	90	18	—
Frankfurt	49	9	10	1
Hagen	16	19	21	—
Halle	23	16	—	—
Hamburg	39	18	—	—
Köln	26	4	—	—
Münster	16	17	15	—
Stettin	8	8	4	—
Königsberg	1	4	—	—
Südtirol	49	19	17	—
Summa	410	856	114	1

So glänzend das Resultat für die Amtierender Internationale und für die parteigenössischen Metallarbeiter ist, so darf doch nicht die Tatsache übersehen werden, daß die Kommunisten mit 114 Mandaten auf der Generalversammlung erschienen. Dieses Ergebnis zeigt, daß ihre Reichsgewerkschaftszentrale nicht ohne Erfolg gearbeitet hat. Aus dieser Tatsache gehen wir die Schlussfolgerung, daß unsere Genossen, das alle jene, die Anhänger einer praktischen Gewerkschaftsarbeit sind, wie sie die Amtierender Gewerkschaftsinternationale angegliederten Organisationen betreiben, noch eine große und schwere, aber dankenswerte Aufgabe in den Gewerkschaften zu erfüllen haben. Wenn die Entwicklung wie in den letzten beiden Jahren ihren Fortgang nimmt, und wenn wir in länger oder kürzerer Frist den Kampf gegen jede Zerstückelung der Gewerkschaften führen, dann wird auch bald der letzte Arbeiter von der Verberberheit der Moskauer Gewerkschaftspolitik überzeugt sein und mit uns für die Einheit der Deutschen und

## Kunst, Wissenschaft und Leben.

Aus der Theaterwelt. Hamburger Stadttheater. Die Aufführung des gänzlich neu ausgearbeiteten und inszenierten „Zamhäuser“ findet am 17. August statt mit den Damen Jensen und Veder sowie den Herren Eupbert, Schilling, Grotzer, Diehl, Maronitz usw. in den Hauptrollen. Am Dienstag, 16. August, abends 8 Uhr, ist eine öffentliche Generalprobe, zu der Einladungen ergangen sind. Einlaß 5 A. — Carl Schukke's Theater. Dienstag, 16. August, findet die 25. Aufführung von „Die Rotmilchener“ in der Originalbesetzung statt. Donnerstag, 18. August, verabschiedet sich Curt Blücher in „Die Rotmilchener“. Seine Waise spielt vom 19. bis 31. August der Berliner Darsteller der Rolle, Herr Hugo Fischer-Köppe vom Central-Theater, Berlin.

## Kleines Feuilleton.

nk. „Die Höhle von Colander“. Am Ausgang des Travers-Tales, 130 m über dem Meer der Aruze, liegt in 650 m Meereshöhe die Höhle von Colander. Der Zugang vom Bahnhof Champrelin nach Champ du Moulin führt nach dem ersten Kilometer an die Quelle. Sie ist 26 m lang und hat eine größte Breite von 11 m; Grabungen haben eine größte Höhe von 8 m ergeben. Nach den Ausführungen des Entdeckers, Aug. Dubois, an der letztjährigen Naturforscherversammlung in Neuenburg über die in der Schweiz gefundenen Reste für Neolithische Natur und Technik“ berichtet wird, war die Höhle einst ohne Verbindung mit der Außenwelt. Sideritgestein muß sich im Laufe langer

Zeiträume durch chemische Lösung allmählich gebildet haben. Gegen Ende des Eiszeitalters wurde sie jedoch zugänglich, und Höhlenbären und Moustier-Jäger benutzten sie als Aufenthalt. Als mit der Wärme-Eiszeit der Gletscher des Travers-Tales gegen die Höhle vorrückte, zogen die Höhlenbewohner aus. Der Leib des Talgletschers stieg höher und höher; seine Seitenmoräne erreichte den Höhleneingang und die abfließenden Schmelzwasser schwebten das Höhlenmaterial in die Höhle hinein. Schließlich übernahm der Gletscher nach 400 m über die Höhle hinaus seine Eismaassen auf. Nach dessen Rückzug muß sich der Mensch noch einmal vorübergehend in der Höhle niedergelassen haben. Die Ausbeute ist außerordentlich reich. Hunderte von Steinwerkzeugen und eine Menge tierischer Knochen sind ausgegraben worden. Die Knochen entfallen zu 95% auf den Höhlenbären, verteilen sich aber auf über 50 Arten, während von der Waldhirsche-Höhle nur etwa 12 Arten bekannt geworden sind.

nk. „Die Affinenfauna von Büsum“. Einen wertvollen Beitrag zur Kenntnis der Affinen- oder Seemannsfauna der Nordsee gibt Professor Dr. Ferdinand Rax, Breslau, mit einer Untersuchung der Affinenfauna von Büsum, die er in den „Schriften der Zoologischen Station Büsum für Meereskunde“ veröffentlicht. Die eigenartigen Erfindungen unter denen die Tierwelt des Wattenmeeres lebt, verleiht auch der Affinenfauna jenes Gebietes ein besonderes Gepräge. Geringer Salzgehalt, beträchtliche Temperaturschwankungen, weicher Untergrund und Wechsel der Gezeiten sind die wesentlichen Faktoren, die die Zusammenfügung der Fauna bestimmen. Im Wattenmeer finden wir daher nur solche Affinen, die erdtrübend und euryhalin sind und bis zu einem gewissen Grade eine amphibische Lebensweise führen, das heißt eine vorübergehende Trodenlegung ihres Sclerotids mit vertragen. Da nur wenige Formen eine derartige Anpassungsform besitzen, ist

die Affinenfauna des Wattenmeeres artenarm. Wie in vielen Nebenmeeren nimmt auch in der Nordsee die Zahl der Affinenarten durchaus proportional dem Salzgehalt ab. Während nördlich von der Doggerbank der Salzgehalt im allgemeinen 85% beträgt, sinkt er schon bei Helgoland auf 33%, in den Watten auf 31% herab, um in der Elbmündung bei Cuxhaven sein Minimum mit 17 bis 20% zu erreichen. In voller Abhängigkeit von dieser Abnahme der Salinität nach Osten finden wir in der Affinenfauna eine entsprechende Reduktion der Artenzahl. In der westlichen Nordsee kommen ungefähr 15. Bei Büsum dagegen nur mehr 8 Arten vor, in der Elbmündung fehlen Affinen fast gänzlich. In diesem Zusammenhang verdient auch die Tatsache Beachtung, daß von den 8 Arten der Wattenmeer Fauna 8 in die westliche Ditsche eindringen, wo überhaupt nur 4 Spezies heimisch sind. Von noch größerer Bedeutung ist der absolute Betrag der Salinität, der die stärkste Schwankung des Salzgehaltes, die für die östlichen Mangebiete der Nordsee charakteristisch ist und von dem jeweiligen Zustand von Landwasser abhängig ist. Auch das Relief des Meeresbodens ist von maßgebendem Einfluß. Die großen Tiefen des Skagerrak, die durch die norwegische Meise stets frischen Zufluss aus dem atlantischen Ozean erhalten, beherbergen ein ungleich reicheres Tierleben als die flachen Gründe der Nordsee, denen die Eisinnanderung fehlt.

## Bücher und Schriften.

Herrmann Raimund: nach Aufzeichnungen uvm. gesammelt von Richard Smetak. Wiener, St. Karl 1920. Eine Schriftsammlung von Raimunds Lebensbeschreibung in 58 Briefen hat der die Einleitung fast das ist unmaß aller

enthält, was wir von ihm wissen. Das ist nicht richtig, aber es enthält alles Wissenswerte über ihn. Dem mehr braucht man wirklich von ihm nicht zu wissen. In seiner Heimat Österreich beruht man, um ihn der Ehre zu erhalten, aber in Deutschland läßt man ihn langsam in Vergessenheit geraten; das ist zwar schade, aber nur die ganz Großen bleiben länger als hundert Jahre nach ihrem Tode lebendig und rühmend. Die Zeiten sind auch anders geworden und gerade er war ein Kind seiner Zeit. Freilich nur auch seine Zeit materialistisch und „werdet reich!“ vor jeder politischen Erwägung. Aber als Kindzeit darauf hatten andere die Erwägung: „Seid zufrieden mit dem, was Ihr habt!“ Der Sozialismus war dagegen erst in seinen ersten Anfängen, wiewohl die ersten französischen Sozialisten damals ihre Werke schon geschrieben hatten. Immerhin: ich brauche nur den „Verfälscher“ und das Obelisk daraus zu nennen und das Bild „Verfälscher“ ist dem ist jeder sofort im Sinne. Raimund ist übrigens auch der Komponist dieses schwerwichtigen Gedichtes. Er scheint auch ein besonders guter Schwärmer gewesen zu sein; denn sonst wäre es nicht zu erklären, daß er fortgesetzt die Bühne, als er an den großen deutschen Bühnen, z. B. auch in Hamburg, auftrat. Ich erwähne schon die Einleitung: Sie ist von Hugo Hofmannsthal und der Berlin ist gewiß nicht wenig stolz darauf; aber mir für meine Zeit ist es unmöglich, ihren Inhalt zu fixieren. Raimunds Redenfiguren würden gewiß haben „Mein's net so schönd!“ Dr. M. Rosenbader.

Von der „Neuen Zeit“ ist heuten das 20. Heft vom 2. Band des 35. Jahrganges erschienen. Aus dem Inhalt des Heftes seien hier hervorzuheben: Zur Kritik des Programmentwurfes, von Heinrich Gansow, II. (Fortsetzung). — Gegen die Programmentwürfe. — Von dem Nordwald. — Eine Entschuldigungschrift. Von J. Striner-Julian. — Der Jertum des bevölkerungspolitischen Kongresses der Stadt Köln. Von Wilhelm Schiller. — Neue Literatur über Arbeits- und Wirtschaftspolitik. — Von der „Neuen Zeit“ ist ebenfalls erschienen einmal und ist durch die Buchhandlungen, Postämtern und Buchposten zum Preise von 1,50 A. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne Heft kostet 1,50 A. Vorbestellungen stehen jederzeit zur Verfügung.